



Das inzwischen geschlossene Camp in Waldhausen: Europa trägt nur einen Bruchteil der globalen Flüchtlingsströme. (Archivfoto: Glotz)

Krise als Katalysator für Europa

ASYL Diskussionsrunde des Regierungspräsidiums dringt tief in Flüchtlingsthematik ein

Von Malte Glotz

LIMBURG Die Flüchtlings-camps der Region sind weitgehend geleert – und doch bleiben nach der Flüchtlingskrise des vergangenen Jahres fast 80 000 geflüchtete Menschen in Hessen. Mit Flucht und Migration hat sich am Donnerstag eine hochkarätige Runde beschäftigt.

Während im vergangenen Jahr und auch im ersten Quartal dieses Jahres die akute Hilfe noch im Mittelpunkt stand, war am Donnerstagabend im Limburger Priesterseminar Zeit zum Durchatmen und für einen Blick mit Abstand auf das, was da in den vergangenen rund 18 Monaten geschehen ist. Das Regierungspräsidium (RP) Gießen – besser: dessen Informationszentrum „Europe Direct“ – hatte eingeladen, um über die „Flüchtlingskrise in Europa – Ursachen, Politik und Perspektiven“ zu sprechen. Was sich über gut drei Stunden entspann, war ein intensiver Blick auf Fluchtursachen und Fluchtfolgen, auf den europäischen Umgang mit der Massenmigration und – wenn auch nur am Rande – die Reaktion der Gesellschaft.

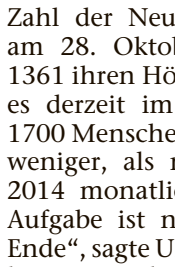
Gastgeber Christoph Ullrich (CDU), Gießerer-Regierungspräsident, machte zu Beginn noch einmal die Zahlen deutlich: Rund 7,4 Prozent aller nach Deutschland kommenden Flüchtlinge

nimmt Hessen nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel auf. Bei 890 000 Menschen im vergangenen Jahr sind das laut Ullrich knapp 80 000 Asylsuchende. „Ich bin begeistert von der Arbeit, die geleistet wurde“, sagte Ullrich: Keiner habe Weihnachten unter freiem Himmel verbringen müssen. Obwohl niemand den Umgang mit so einem Menschenstrom gelernt habe, habe die Unterbringung und Versorgung reibungslos geklappt – nur noch zwei Tage braucht die komplette Erfassung, Untersuchung, Registrierung und Verlegung eines Geflüchteten heute.



Christoph Ullrich (Foto: Glotz)

Von denen kommen aber deutlich weniger: Fand die Zahl der Neuankömmlinge am 28. Oktober 2015 mit 1361 ihren Höhepunkt, sind es derzeit im Monat rund 1700 Menschen – und damit weniger, als noch im Jahr 2014 monatlich. „Aber die Aufgabe ist noch nicht zu Ende“, sagte Ullrich: Nun gehe es um Jobs, Sprache, Ankunft in der Gesellschaft. Gewissermaßen an den Ausgangspunkt von Flüchtlingsbewegungen schaute Ulrike Krause, die am Zentrum für Konfliktforschung der Marburger Philipps-Universität forscht. Sie machte



Ulrike Krause (Foto: Glotz)

jeden Tag rund 34 000 Menschen weltweit ihre Heimat – Limburg wäre also innerhalb eines Tages geleert.

Thorsten Müller, der an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen unter anderem Polizisten ausbildet, zeigte, dass Deutschland, anders als oftmals behauptet, nicht die Hauptlast des Flüchtlingsstroms trage: In Europa sei dies, gemessen an der Bevölkerung, Ungarn. Und hätte Deutschland relativ so viele Flüchtlinge aufgenommen wie der Libanon, läge die Zahl der Asylsuchenden in der Republik bei mehr als 20 Millionen. Müller sagte: „Wir müssen einen Mechanismus finden, der verhindert, dass Men-

gleich zu Beginn klar: „Wir sprechen nicht von Massen oder Wellen – wir sprechen von Menschen“.

Die schiere Wucht der Zahlen zeigt, dass es in Europa eine Krise von Flucht und Asyl nicht gibt

Und dann war es die schiere Wucht der Zahlen, mit der sie zeigte, wie absurd viele Argumente der Façon „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“ sind: Im vergangenen Jahr waren laut Krause 65 Millionen Menschen außerhalb ihrer Heimatländer auf der Flucht. Gleichzeitig ist eine noch größere Zahl vertrieben innerhalb ihres Heimatlandes. 86 Prozent aller Flüchtlinge bewegen sich innerhalb oder zwischen Entwicklungsländern. 41 Prozent aller Flüchtlinge sind mehr als fünf Jahre auf der Flucht, leben also auf Dauer außerhalb ihrer Heimat. Gelöst wird das Problem laut Krause vollkommen unzureichend: Nur gut 200 000 Menschen konnten 2015 völlig freiwillig in ihre Heimat zurückkehren, nur 100 000 Menschen wurden dauerhaft in einem Drittland aufgenommen, nur 28 000 wurden in das Erstfluchtland, also einen Nachbarstaat, integriert. Gleichzeitig, machte sie deutlich, verließen



Thorsten Müller (Foto: Glotz)

schon auf das Mittelmeer gehen“, denn bei der Überfahrt seien in diesem Jahr bereits mehr als 4600 Menschen umgekommen. Für Europa sei die Krise ein Scheideweg – es sei unklar, wohin es gehe.

Wenig hoffnungsvoll war in dieser Frage Olaf Kleist, Gründer des Netzwerks Flüchtlingsforschung, der auf die Reaktion der EU blickt. Er stellte fest, dass alle entwickelten Werkzeuge bereits in den Schubladen gelegen hätten. „Das ist nicht der Versuch, auf eine Krise zu reagieren“, kritisierte er. Als neu werde insbesondere das Flüchtlingsabkommen zwischen Türkei und EU ver-

STANDPUNKT



Von Malte Glotz

Flüchtlinge

Die „schweigende Mehrheit“ gibt es

Wer sich mit dem Thema Flucht auseinandersetzen wollte, der hatte dazu am Donnerstagabend in der Region drei Möglichkeiten: Er konnte sich in Dillenburg etwa 35 Rechtsradikalen anschließen und ausländerfeindliche Parolen brüllend und Fackeln schwenkend durch die Innenstadt ziehen. Er konnte sich aber auch zu der rund zehn Mal so gut besuchten Gegen-Demonstration aus den Reihen der Zivilgesellschaft begeben und so ein Zeichen setzen gegen den Hass auf die, die da kommen.

Oder aber er konnte sich in Limburg auf eine wissenschaftliche Debatte einlassen – und das tat immerhin noch gut doppelt so viele Menschen, wie es Schreihälse im Nachbar-Landkreis gab.

Es ist bezeichnend, dass mehr Menschen sich drei Stunden im Limburger Priesterseminar auf eine zeitweise arg ins Theoretische abrutschende Diskussionsrunde einlassen, als zornig geladen durch die abendliche Kälte zu ziehen. Es ist nicht minder bezeichnend, dass jene, die aus der Flüchtlingskrise politisches Kapital zu schlagen versuchen, gar kein Interesse haben an einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Thematik: Das Regierungspräsidium Gießen, Gastgeber des Abends, ist zuständig für fünf mittelhessische Landkreise. Fünf Landkreise, in denen AfD und NPD bei der Kommunalwahl im Frühjahr teilweise beachtliche Ergebnisse eingefahren haben.

Wenig hoffnungsvoll war in dieser Frage Olaf Kleist, Gründer des Netzwerks Flüchtlingsforschung, der auf die Reaktion der EU blickt. Er stellte fest, dass alle entwickelten Werkzeuge bereits in den Schubladen gelegen hätten. „Das ist nicht der Versuch, auf eine Krise zu reagieren“, kritisierte er. Als neu werde insbesondere das Flüchtlingsabkommen zwischen Türkei und EU ver-

kauft, das aber schon seit 2013 verhandelt worden sei, sagte er. Wie bisher werde von Seiten Europas an einer „Externalisierung des Grenzschutzes“ gearbeitet – also der Verlegung des Problems in Länder außerhalb des Schengen-Raums gegen die Zahlung von Milliarden Euro. Eine Lösung konnte auch er nicht bieten. Aber einen Hoffnungsschimmer: Die europäische Zivilgesellschaft, auch außerhalb Deutschlands, reagiere weitgehend besonnen und menschlich auf die Krise.

Nicht einer dieser Politiker nahm am Donnerstag an der Diskussion teil – anders als viele Bürger.

Wenn von genau diesen Politikern von einer „schweigenden Mehrheit“ gesprochen wird, dann muss ich ihnen nach so einem Abend recht geben: Ja, es gibt diese „schweigende Mehrheit“. Doch anders als sie es behaupten, gibt diese „schweigende Mehrheit“ eben nicht ihnen Recht. Die „schweigende Mehrheit“ hat keine Lust auf Fackeln und Parolen, auf Blut und Boden, auf Nationalismus und Hass.

Die „schweigende Mehrheit“ stellt sich lieber in die Kälte und setzt ein Zeichen für Mitmenschlichkeit, für Hilfsbereitschaft, für Offenheit und für Fortschritt. Oder sie ist bereit, einen Abend lang tief in die Wissenschaft abzutauchen und – durchaus auch kritisch – über die Zahlen und Fakten hinter der Flüchtlingskrise zu diskutieren.

Eine dieser Zahlen: Rund zehn Prozent der deutschen Bevölkerung haben sich im vergangenen Jahr aktiv für Flüchtlinge eingesetzt. Das ist die wahre „schweigende Mehrheit“. Und solange es diese Hilfsbereiten gibt, solange mehr Menschen für Offenheit statt Abschottung demonstrieren, solange Menschen so ein großes Interesse an Fakten statt Emotionen haben, wie in Limburg – solange ist mir um den Zustand des Landes nicht bange. Auch nicht in einem Wahljahr.

Das Engagement rund um Camps wie in Staffel und Waldhausen mag da wie ein Beleg wirken.



Während in Limburg wissenschaftlich mit dem Thema Flucht umgegangen wurde, missbrauchten Rechtsradikale die Kulisse der Dillenburger Altstadt, um gegen Migranten zu demonstrieren. (Foto: Krentscher)